



Staats- und  
Universitätsbibliothek  
Bremen

# **Staats- und Universitätsbibliothek Bremen**

**DFG Projekt Die Grenzboten**

## **Die Grenzboten**

**Berlin u.a., 1841 - 1922**

B., H.: Zum neuen Jahr.

**urn:nbn:de:gbv:46:1-908**

## Zum neuen Jahr.

Am Ausgange des alten Jahres wiederholen sich die Scenen, welche wir erlebten, als wir im Jahre 1870 den ersten großen Schritt zur deutschen Rechtseinheit thaten, mit Annahme des deutschen Strafgesetzbuchs. Alle reichsfeindlichen Parteien — selbstverständlich einschließlich der sogen. deutschen Fortschrittspartei — geberden sich so, als sei die letzte Würde des Parlamentes begraben, der letzte Schimmer dessen, was man Charakter und Princip zu nennen wagen durfte, erloschen. Sie geberden sich so, weil bei den großen Justizgesetzen zwischen den beiden Ratheden des Parlaments- und Regierungswillens, die im rechten Winkel aufeinanderstießen, die Diagonale gezogen und zum Gesetz geworden ist. Das Gesetz vom Parallelogramm der Kräfte erkennen sie Alle an, die Schwarzen und Rothen, die Polen und die Fraction Eugen Richter-Saucken. Aber in der Politik soll es nicht gelten. Da setzt man in schnurgerader Linie über den Strom. Da giebt es keine Reibung und keine Hindernisse für die von der Curie und der „Volkszeitung“, dem „Vorwärts“ und dem „Curier poznański“ sanctionirten unveräußerlichen „Principien.“ Da heißt es biegen oder brechen, sonst ruht, um mit Herrn Saucken zu reden, die parlamentarische Würde und Freiheit unter einem Leichensteine. Habeant sibi dürfte die geeignete Grabchrift lauten — für die überlebenden Urheber dieser Weisung.

Auch die vollkommene Verständnißlosigkeit für die Unerträglichkeit und den Jammer der bisherigen deutschen Rechtszerrissenheit, für die seit Jahrhunderten überkommenen und fortgelebten Rechtsmißbräuche findet sich bei den Gegnern des Zustandekommens der deutschen Justizgesetze heute mit derselben rührenden Naivetät ausgeprägt, wie 1870 in den für Annahme des deutschen Strafgesetzbuchs entscheidenden Tagen. Damals wie heute verschlossen sich die Gegner des Abschlusses, die Anwälte der Ablehnung und Vertagung auf unbestimmte Zeit, geflissentlich die Augen über die Zustände, die fortbestehen mußten, wenn

in ihrem Sinne entschieden worden wäre. Damals wie heute wollten sie alle großen Fortschritte der neuen Gesetzgebungsarbeit preisgeben, lieber das unleidliche Alte fortbestehen lassen, weil das Phantom ihrer Wünsche nicht vollkommen Gestalt gewonnen und Berücksichtigung erfahren hatte. Die Socialdemokraten und der sogenannte Fortschritt polterten damals über die Aufrechterhaltung der Todesstrafe für Mord und Fürstenattentat, mit solchem Zorn und Eifer, als ob alle bekannten Ahnen der Unzufriedenen seit Deukaleons Zeiten auf dem Schaffot gestorben wären, und die Beseitigung ähnlicher Todesursachen für sie zu einer dringenden häuslichen Angelegenheit geworden sei. Sie übersehen dabei vollständig, daß, wenn das Strafgesetzbuch abgelehnt wurde, die Todesstrafe in Preußen allein auf vierzehn (statt zwei) Verbrechen in gesetzlicher Wirksamkeit fortbestand, Zuchthausstrafe auch bei politischen Verbrechen (ohne Prüfung der Ehrenhaftigkeit oder Ehrlosigkeit der Gesinnung) erkannt werden durfte, die Redefreiheit der Einzellandtage so problematisch war als bisher, der Begriff des Widerstandes gegen die Staatsgewalt, die Aufreizung zu Haß und Verachtung u. s. w. ihren in den Reaktionsjahren erhaltenen Gummi-Charakter noch immer bewahrt hätten.

Ganz in derselben Weise verschlossen die Gegner des Compromisses über die Justizgesetze die ihnen von einer gütigen Vorsehung verliehenen Sinne gegen die eminenten Fortschritte der großartigen Neuerung, welche diese Gesetze über Deutschland heraufführen. Daß die Polen allerdings jedem Gesetze grollen, welches deutscher Gewissenhaftigkeit in der Rechtsprechung, der Erstärkung deutschen Wesens und deutscher Sprache weite Bahnen öffnet, statt, wie unter dem System Mühlner, die Deutschen zu Gunsten der Polen zu vergewaltigen, finden wir natürlich. Daß die Socialdemokraten mit dem ihnen zum Bedürfnis gewordenen theatralischen Aufwand durch Herrn Hasenclever erklären, nicht mehr mitzuthun, wenn ein großes Stück deutschen Nationalstrebens vollendet wird, das kann nur der Nichtkenner dieser Partei der cynischen Vaterlandslosigkeit und gesellschaftlichen Auflösung auffallend finden. Und wenn die Partei, welche von Rom ihre Losung und Führer empfängt, allen Gesetzen widerstrebt, die ihrer Gesetzesauslehnung nicht völlige Straflosigkeit sichern, so ist das ein Act aus dem Triebe der Selbsterhaltung, der dem geringsten Thier innewohnt. Aber daß die sog. Fortschrittspartei, welche sich sogar die „deutsche“ nennt, bei dieser Gelegenheit ein so trauriges Debüt gab, das könnte uns um einiger Männer von gutem Klang willen, die auf den Bänken dieser Partei noch heute sitzen, leid thun. Es gab eine Zeit, wo die Schulze-Delitzsch und Wiggers, die Duncker u. s. w. gehobenen Herzens mahnten, vorerst einmal die Einheit des Rechtes in der und jener wichtigen Frage für ganz Deutschland zu begründen, dann werde der Ausbau im Ein-

zelen, den Mancher vielleicht noch wünschen möge, durch die gemeinsame Discussion und den gemeinsamen Druck der ganzen Nation jedenfalls viel leichter zu verwirklichen sein, als durch die energischsten Bestrebungen in den einzelnen Staaten und Kammern. Das ist allerdings schon lange her. Es geschah zu den Zeiten des seligen Nationalvereins, und es war damals freilich nicht zu befürchten, daß den Wünschen der Nationalvereinsredner gleich die That und Verwirklichung folge. Aber der damals ausgesprochene Grundsatz ist durch die seitherige Entwicklung der Dinge sicherlich in keiner Weise erschüttert, sondern nur befestigt worden. Wir haben seither an hunderten von Erfahrungen gelernt, daß auf dem Gebiete der Reichsgesetzgebung berechnete Wünsche und Fortschritte ungemein viel rascher zum Ziel gelangen, als in dem mühsamen und zersplitterten Treiben der Einzelstaaten.

Und trotz alledem stimmte die sog. deutsche Fortschrittspartei gegen das Zustandekommen der Reichsjustizgesetze. Trotzdem verwarf sie die eminenten Fortschritte, welche diese Gesetze in Betreff der Verfolgbarkeit ungesetzlicher Handlungen von Beamten, in Betreff der Gerichtshöfe über Kompetenzconflicte, in Betreff der Beseitigung des Anklagemonopols der Staatsanwaltschaft, der Beschwerdeführung gegen dieselbe, der Aufhebung des bisher in Preußen gegen die verantwortlichen Redacteurs von Preßerzeugnissen geübten Zeugnißzwanges und in Betreff des bestimmten letzten Termins der Inkrafttretung der Reichsjustizgesetze verbürgen!

Für diejenigen, welche die Haltung dieser Fraction in dem letzten Jahrzehnt genauer verfolgt haben, bedarf freilich auch dieses ihr Gebahren gegenüber den Justizgesetzen keiner Erklärung. Die sog. „deutsche“ Fortschrittspartei hat in diesem Zeitraum, der uns um ein Jahrhundert und mehr gefördert hat, gegen alle Gesetze und Fortschritte gestimmt, auf welche wir stolz sind: gegen die norddeutsche Bundesverfassung und das Kriegsdienstgesetz von 1867, gegen die Bundeskriegspflicht der Südstaaten bei Erneuerung der Zollvereinsverträge 1867, gegen das Strafgesetzbuch und gegen die Pariser Verträge 1870, gegen die Reichsverfassung 1871 und gegen das Jesuitengesetz, gegen das Reichsmilitärgesetz und gegen den eisernen Kriegsfonds, gegen den deutschen Zolltarif wie er heute besteht (im Zollparlament), alljährlich gegen eine ganze Reihe der wichtigsten Statpositionen, ohne welche die Erhaltung des deutschen Reiches geradezu unmöglich wäre und nun zur Krönung dieses Verhaltens gegen die Justizgesetze. Eine solche Partei hat in keiner Weise das Recht, sich eine fortschrittliche, noch weniger sich eine deutsche zu nennen. Sie ist lediglich die Partei der Reaction der Opposition gegen das gesunde Vorwärtsschreiten des nationalen Lebens. Und sie hat sich die Bundesgenossen für ihr Treiben

außerhalb und innerhalb des Parlamentes lediglich in den Reihen der Reichsfeinde zu suchen, nicht unter den nationalen Parteien Deutschlands.

Wie in allen großen Krisen die Klarheit der Gegensätze gewinnt, so hat auch die Fraction Richter, welche aus einer unbegreiflich zähen Vorliebe für das Alte sich deutsche Fortschrittspartei nennt, plötzlich, und leider viel richtiger als manche Führer der nationalliberalen Partei, erkannt, daß sie mit der großen Partei, welcher das Compromiß über die Justizgesetze hauptsächlich zu danken ist, absolut keine Fühlung habe. Sie hat den Nationalliberalen daher alle Freundschaft gekündigt, die Wähler „auf Wacht“ gerufen und die Losung ausgegeben, keinen Nationalliberalen zu wählen.

Unsere Freude über das Zustandekommen der Justizgesetze ist groß und begründet in dieser mächtigen Errungenschaft der nationalen Entwicklung. Sie hat mit Parteilrücksicht nichts zu thun. Aber diese Kriegserklärung der Fortschrittspartei an die Nationalliberalen bereitet uns fast ebenso große Freude. Denn dieses Zerwürfniß ist die unmittelbare, zuerst fühlbare und am Vorabend der am 10. Januar zu vollziehenden Reichstagswahlen doppelt werthvolle Frucht des Zustandekommens der Justizgesetze. Möchte diese Feindschaft eine recht gründliche, recht unversöhnliche werden! Um so rascher wird die sogenannte Fortschrittspartei sich abwirthschaften, um so klarer und geachteter wird die Stellung der nationalliberalen Partei werden.

Anscheinend nur die Besorgniß vor der neu entstandenen sogenannten „deutsch-conservativen Partei“ veranlaßte im Laufe des vergangenen Sommers und Herbstes einige Führer der nationalen Partei, die Losung einer Coalition der nationalen mit der Fortschrittspartei für die Wahlen zum preußischen Landtag und zum deutschen Reichstag auszugeben. Diese Besorgniß hat sich schon bei den Wahlen zum preußischen Landtag als eine völlig unbegründete erwiesen. Dasselbe werden die Reichstagswahlen darthun. Denn die „deutsch-conservative“ Partei befriedigt das anerkanntwerthe Bedürfniß nach einer Neubildung und Sammlung der conservativen Kräfte Deutschlands in keiner Weise. Die „Deutsch-Conservativen“ bieten in ihren Reihen die bunteste Karte von Ansichten und Meinungen, welche je zu einer „Partei“ sich zusammen fanden. Die Mucker und die Agrarier, die junkerlichen Reactionäre Ostpreußens und die reactionären Particularisten Sachsens und Hannovers, die Zünftler und die Schutzzöllner haben sich zu dieser „Partei“ angefunden. Allen diesen Elementen ist nur Eines gemeinsam: Die Unzufriedenheit mit den bestehenden Zuständen, mit dem freisinnigen und deutschen Charakter der nationalen Entwicklung im letzten Jahrzehnt. Und das will eine conservative Partei sein? Sie, die das Bestehende auflösen, die bisherige Entwicklung zurückdrängen möchte. Es ist kein Zufall, daß die wenigen Abgeordneten, welche unter diesem neuen Banner aus den

preußischen Wahlen hervorgingen, nicht einmal den Versuch gemacht haben, eine Fraction zu bilden. Jeder derartige Versuch müßte schon an den ersten Abstimmungen der neuen Fraction scheitern. Einem so unbedeutenden Gegner zuliebe brauchte die nationale Partei unseres Erachtens keineswegs das unnatürliche Wahlbündniß mit der Fortschrittspartei in's Auge zu fassen und einzugehen.

So hoffen wir denn zuversichtlich, daß aus den Reichstagswahlen des Januar die große Partei, welche bei dem Zustandekommen der Justizgesetze abermals einen so glänzenden Beweis ihrer patriotischen Selbstverleugnung und ihrer practischen politischen Tüchtigkeit gegeben hat, mindestens in derselben Stärke hervorgehe, als sie bisher gewesen, noch klarer und fester als bisher, da sie ihre Wahlstiege hoffentlich nicht dem faulen Bunde mit der Fortschrittspartei danken wird. Wir wollen nicht prophezeihen, aber sehr bestimmte Anzeichen deuten darauf hin, daß die Kraft der gefährlichsten Reichsfeinde, der Ultramontanen und Socialdemokraten im Rückgang begriffen ist, und daß die Anhänger dieser Partei daher kaum in der bisherigen Anzahl bei den nächsten Reichstagswahlen gewählt werden dürften.

Wir haben im ultramontanen Lager die deutlichsten Symptome des Verfalls vor Augen. Die geistlichen Anführer in der Rebellion gegen den Staat haben die Herde feige im Stiche gelassen, haben nur ihre werthe Person vor dem wuchtigen Arme der strafenden Gerechtigkeit in Sicherheit gebracht. Eine große Anzahl verführter Priester hat sich den Staatsgesetzen unterworfen. Zu einem dauernden compacten Widerstande ist Niemand unfähiger, als die große Masse, am wenigsten dann, wenn die Flamme des Fanatismus nur durch so künstliche Spitzfindigkeiten zu erhalten ist, wie sie der Ultramontanismus im Kampfe gegen den Staat aufbieten muß, um den Widerstand fortzusetzen.

Was die Socialdemokratie anlangt, so lärmen ihre Organe und Reisprediger natürlich auch vor diesen Wahlen so siegesprahlend wie immer. Die Verschmelzung der Eisenacher mit den Lasalleanern scheint sie zu kräftigen. Aber wiederholt ist schon in diesen Blättern ausgesprochen worden, daß das nur Schein ist. Sie haben sich vereinigt, weil sie sich den Luxus verschiedener Meinungen nicht mehr gönnen durften, ohne allmählig selbst bei den Getreuen allen Glauben einzubüßen und vor Allem deshalb, weil die Partei mit ihren äußersten Anstrengungen und trotz der Androhung so schimpflicher Behandlung der Renitenten, wie sie keine andere Partei ihren Anhängern zu bieten wagen würde, nicht mehr die Mittel aufzubringen vermochte, um zwei Parteiorgane und zwei Parteihauptquartiere zu erhalten. Das ist der wahre und der einzige Grund der Vereinigung, die im Uebrigen nur den völligen Sieg der vaterlandslosen Internationale über die von Haus

aus wenigstens auf nationalem Boden erwachsene Heilslehre Lafalles bedeutet. Und je mehr sich die Socialdemokratie von dem Mutterboden des Vaterlandes entfernt, je schamloser und unverhüllter sie die heiligsten Erinnerungen und Gefühle unsres Volkes mit Füßen tritt, um so rascher ist ihr der Niedergang gewiß. Der erschreckende Pauperismus an Gedanken und Begeisterung, an dem sie von jeher gelitten, ist noch nie so nackt zu Tage getreten, als seitdem sich die Vereinigung der socialistischen Parteien vollzogen hat, und namentlich seit dem Beginn der Wahlagitacion. Nicht der Schatten natürlicher Begeisterung, nicht die Spur innerer Ueberzeugung, eigener neuer Gedanken in allem, was da von Socialisten geredet und geschrieben wird. Ueberall auch die alte Armuth an Talent. Menschen von der absoluten parlamentarischen Werthlosigkeit eines Hasselmann, Wahlreich, Hasenclever, welche in jeder andern Partei nach ihren Leistungen und Verstandesproben für immer unmöglich wären, werden aus Mangel an Material immer wieder aufgestellt und nur mühsam wird die Blöße damit bedeckt, daß die Herren Bebel und Liebknecht in etwa zwanzig Wahlkreisen zugleich aufgestellt werden.

Ein besonders augenfälliger Grund für den Rückgang der Socialdemokratie mag freilich in den traurigen Geschäftsverhältnissen liegen, unter denen Deutschland am Ausgang des Jahres noch ebenso leidet, wie zu Anfang desselben. Auch der Blödeste erkennt, daß es trügerische Lehren waren, als die socialistischen Führer in den Jubelwochen der Milliarden das Sparen verboten und ihre Weisheit als den Heilstrost für gute und böse Tage anpriesen. Jeder leidet heute mehr oder weniger unter der Schwere der Zeit. Aber auch hier künden uns die besten Kenner der Volkswirtschaft und darunter ein so vorsichtiger Rechner, wie der preussische Finanzminister, daß das Barometer auf besseres Wetter, größeres Vertrauen und größre Unternehmungslust zeige. Gewiß nicht am wenigsten aus dem Grunde, weil die orientalische Frage, welche die östlichen und westlichen Völker Europa's in ihren wichtigsten Lebensinteressen berührt und in der peinlichsten Spannung hält, Dank der Staatskunst des Lenkers unserer Politik unter keinen Umständen für Deutschland einen friedensbedrohlichen Charakter annehmen wird.

So mögen denn dem lieben Vaterlande alle die reichen Hoffnungen, mit denen wir in das neue Jahr eintreten, in Erfüllung gehen!      H. B.